

Wahl zum 19. Deutschen Bundestag 2017

## Wählerverhalten und soziales Umfeld im Land Brandenburg – eine Aggregatdatenanalyse

von **Dorett Jenkel** und **Ricarda Nauenburg**

Bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag gelang es der CDU trotz großer Verluste zum zweiten Mal in Folge, stärkste Partei im Land Brandenburg zu werden. Auch die SPD und DIE LINKE verloren Stimmanteile. FDP und AfD konnten hingegen Stimmzuwächse verzeichnen. Die GRÜNEN/B 90 behaupteten ihren Zweitstimmenanteil von 2013. Die Wahlbeteiligung lag mit 73,7 % über dem Niveau der letzten Bundestagswahl, aber noch unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Analyse des Wählerverhaltens untersucht die Zusammenhänge zwischen den Stimmanteilen der Parteien und dem sozialen Umfeld in der Wahlregion, davon ausgehend, dass Wahlentscheidungen mit der sozialen Lage der Wählerinnen und Wähler verknüpft sind. Zusätzlich wird die Frage beantwortet, ob eine Partei dort überdurchschnittlich stark ist, wo eine andere unterdurchschnittlich abgeschnitten hat oder es Wahlregionen gibt, in denen jeweils zwei Parteien gleichzeitig erfolgreich waren, während sie in anderen Gebieten beide ihre Diaspora erlebten.

### Zusammengefasste Ergebnisse

Die CDU stützt sich ungeachtet der Stimmverluste im Land Brandenburg immer noch auf eine christlich geprägte Wählerschaft, die in ländlichen Räumen im eigenen Haus wohnt. Die im Land Brandenburg zweitplatzierte AfD hatte ihre besten Ergebnisse in wirtschaftlich benachteiligten Regionen mit wenigen Jungen und geringem Ausländeranteil. Die Zweitstimmenanteile der SPD lassen sich nur schwer auf das soziale Umfeld in den Wahlgebieten zurückführen. Die SPD ist immer noch eine Partei für alle – ohne ein ausgeprägtes Wählerprofil. DIE LINKE gewann ihre Stimmen vor allem in atheistisch geprägten Regionen mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft. Die Freien Demokraten gewannen ihre einstige Wählerklientel zurück. Erfolgreich waren sie vor allem in prosperierenden Gebieten mit geringer SGB-II-Quote und hoher Wirtschaftskraft, sowie in den Hochburgen der CDU und von GRÜNEN/B 90. Dort, wo viele junge Wählerinnen und Wähler leben sowie die Bevölkerungsdichte hoch ist, haben die GRÜNEN/B 90 ihre besten Zweitstimmenergebnisse bei dieser Wahl erzielt. Überdurchschnittlich viele Nichtwählerinnen und -wähler gab es in sozial benachteiligten Wahlgebieten.

### Christliche Wählerschaft, ländliche Räume und geringer Ausländeranteil begünstigen die CDU

Die Verbreitung konfessioneller Zugehörigkeiten in der Wählerschaft ist für Wahlerfolge der CDU nach wie vor von Bedeutung. Während die Christdemokraten in Regionen mit hohen Anteilen konfessionell gebundener Wahlberechtigter mit 30,1% Erfolge erzielen konnten, blieben sie dort, wo diese Bevöl-

kerungsgruppe unterrepräsentiert ist, mit 24,9% deutlich unter ihrem Durchschnitt. Über ihrem landesweiten Ergebnis von 26,7% lag die CDU auch in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte und niedrigem Ausländeranteil. Eine niedrige Wohneigentumsquote, wie sie in städtischen Regionen anzutreffen ist, wirkte sich hingegen negativ auf das Abschneiden der Christdemokraten aus. Im Umland beeinträchtigte zusätzlich eine hohe SGB-II-Quote das Wahlergebnis der CDU. Die CDU war immer dort besonders stark, wo auch die FDP ihre höchsten Stimmengewinne verbuchen konnte. Schlecht schnitt sie in den Hochburgen der LINKEN, der sonstigen Parteien und in Wahlgebieten mit hohem Anteil an Nichtwählerinnen und -wählern ab. Im weiteren Metropolenraum war die CDU dort besonders schwach, wo die AfD ihre Hochburgen hatte.

### SPD weitgehend ohne sozialstrukturelles Profil

Insgesamt sind die Ergebnisse der SPD relativ ausgeglichen. Deutliche Zusammenhänge zwischen dem Zweitstimmenergebnis und der Sozialstruktur sind kaum erkennbar. Leicht besser schnitt die SPD in Regionen mit einem hohen Anteil an älteren Wahlberechtigten ab, insbesondere im weiteren Metropolenraum. War aber der Anteil junger Deutscher im Wahlgebiet niedrig, erreichte die SPD nur 15,8%. Mit jeweils 18,3% war die SPD sowohl in Gebieten, in denen vergleichsweise viele Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger wohnen als auch in ländlichen Regionen relativ stark.

Die SPD erreichte in Regionen mit geringer Wahlbeteiligung relativ hohe Zweitstimmenanteile, in den Hochburgen von AfD und FDP schnitt sie verhältnismäßig schlecht ab.

**DIE LINKE ist in städtischen Regionen erfolgreich**

DIE LINKE gehört bei dieser Bundestagswahl ebenfalls zu den Verlierern. Zuspruch erhielt DIE LINKE mit durchschnittlich 19,2% in Wahlregionen mit einem niedrigen Anteil christlich gebundener Wahlberechtigter. In Regionen mit vielen Kirchenmitgliedern kam sie nur auf 14,4%. Auch ländliche Räume und wenige Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger im Wahlgebiet wirkten sich ungünstig auf das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE aus. Im städtischen Umfeld mit niedriger Wohneigentumsquote erreichte DIE LINKE überdurchschnittliche Zweitstimmenanteile.

DIE LINKE punktete vor allem in Regionen, in denen die CDU und die FDP ihre schlechtesten Ergebnisse erzielten und umgekehrt. Im weiteren Metropolitanraum schnitt sie dort besonders schlecht ab, wo die AfD hohe Stimmanteile erreichen konnte.

**Die AfD gewann ihre Stimmen vorwiegend in wirtschaftlich benachteiligten Regionen mit geringem Ausländeranteil und vielen Älteren**

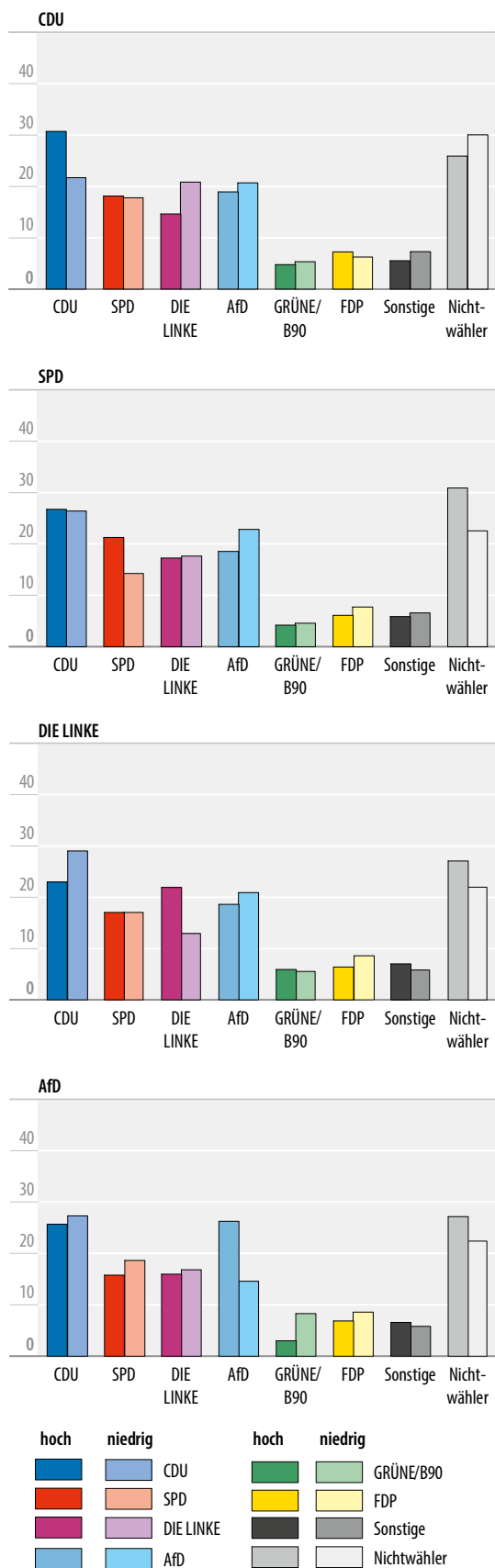
Besonders hohe Stimmanteile für die AfD gab es bei dieser Wahl in Brandenburger Regionen mit wenigen jungen Deutschen, wenigen Kindern, geringen Anteilen von Ausländern an der Bevölkerung und geringer Wirtschaftskraft. Im Berliner Umland erhielt die AfD weniger Zuspruch als im weiteren Metropolitanraum, wobei sie in den verstädterten Räumen des Umlands nur 14,2% der Zweitstimmen erreichte.

Die Zweitstimmenergebnisse der AfD verhielten sich deutlich entgegengesetzt zu den Ergebnissen der GRÜNEN/B90: Dort, wo die GRÜNEN/B90 ihre höchsten Zweitstimmenanteile erzielte, schnitt die AfD unterdurchschnittlich ab. Im Berliner Umland trafen hohe AfD-Stimmanteile zudem mit niedriger Wahlbeteiligung zusammen, im weiteren Metropolitanraum punktete die AfD genau dort, wo die anderen etablierten Parteien besonders schwach waren.

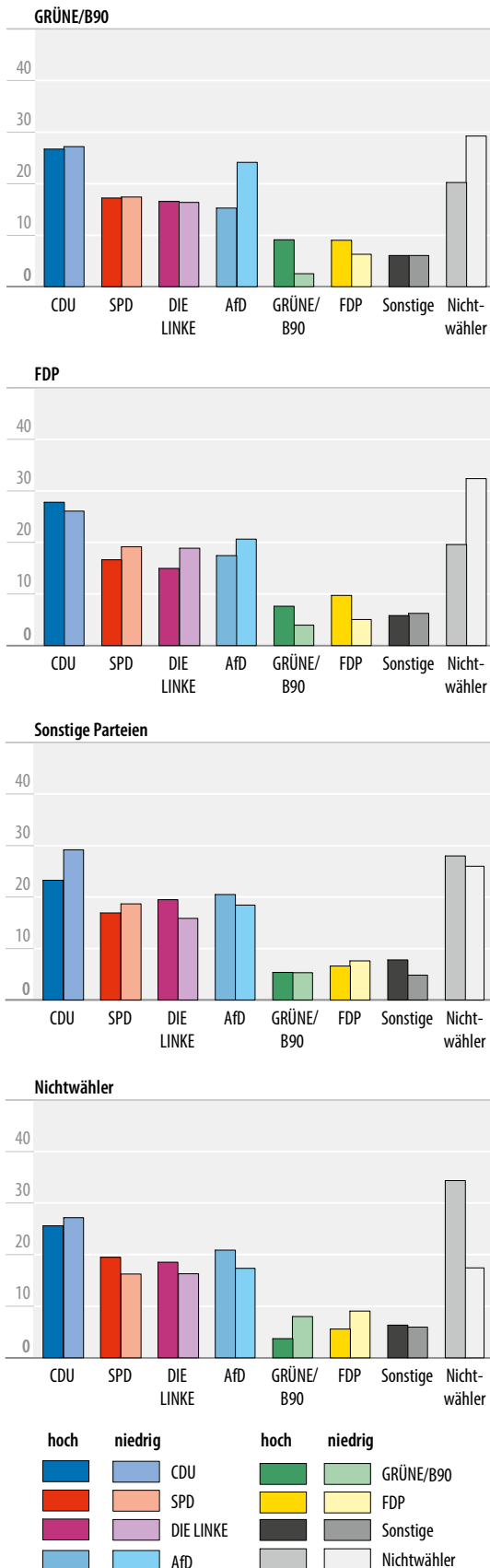
**Grünes Erfolgsumfeld: Junge prosperierende Regionen im Umland von Berlin**

Für die GRÜNEN/B90 zeigen die strukturellen Zusammenhänge, dass sie im Berliner Umland und dort am erfolgreichsten waren, wo der Anteil der Kinder, die Bevölkerungsdichte und die Steuerkraft im Wahlgebiet besonders hoch waren. Im weiteren Metropolitanraum sind die Prozentwertunterschiede bei allen untersuchten Sozialindikatoren eher gering. Den geringsten Zuspruch erhielten die GRÜNEN/B90 mit 3,1% in Gebieten mit einer geringen Steuerkraft pro Einwohner. Weiterhin zeigt sich, dass die GRÜNEN/B90 in Wahlregionen mit geringer Bevölkerungsdichte, wenigen Kindern und geringem Ausländeranteil besonders wenige Wählerinnen und Wähler von ihren Positionen überzeugen konnte. GRÜNE/B90 waren mit 8,3% dort stark, wo der Anteil der Wählerinnen und Wähler der AfD besonders gering war, aber auch in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung – hier erreichte die Partei 8,0%. Auch in Regionen, in denen die FDP hohe Stimmanteile erzielte,

**a | Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien sowie Nichtwähleranteile in Wahlgebieten mit höchsten und niedrigsten Zweitstimmenanteilen der Parteien bzw. Anteilen an Nichtwählern bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 in Brandenburg in Prozent**



**noch a** | Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien sowie Nichtwähleranteile in Wahlgebieten mit höchsten und niedrigsten Zweitstimmenanteilen der Parteien bzw. Anteilen an Nichtwählern bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 in Brandenburg in Prozent



erreichten die GRÜNE/B90 gute Ergebnisse. Diese Zusammenhänge traten vor allem im Berliner Umland auf. Der negative Zusammenhang mit der Wählerschaft der AfD findet sich – wenn auch auf geringerem Niveau – auch im weiteren Metropolitanraum.

**FDP stark im konfessionell geprägten Berliner Umland, schwach in strukturschwachen Regionen**

Die FDP erreichte insbesondere Wählerinnen und Wähler in Wahlgebieten mit geringer SGB-II-Quote, hohem Kinderanteil und guter Steuereinnahmekraft. Besonders wenig Erfolg hatte sie in Wahlgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Die räumlich differenzierte Betrachtung zeigt, dass sich im Berliner Umland mit vielen Christen besonders viele Wählerinnen und Wähler (10,4%) für die FDP entschieden haben.

Die FDP erzielte Erfolge in Wahlregionen, in denen die GRÜNE/B90 besonders stark und DIE LINKE besonders schwach waren. Auch in Regionen mit einer hohen Wahlbeteiligung schnitt die FDP überdurchschnittlich gut ab.

**Sonstige Parteien auch aus Protest gewählt**

Unter den sonstigen Parteien findet sich eine Vielfalt kleiner Parteien, deren Positionen und Wählerschaft teilweise nicht unterschiedlicher sein könnten. Somit lässt sich nur schwer ein einheitliches Bild anhand der Zweitstimmen und der Sozialstruktur in den Gemeinden, Ämtern und kreisfreien Städten erkennen. Sonstige Parteien haben bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag zusammen einen Anteil von 6,3% errungen. Sie sind dort etwas stärker, wo wenige Christen leben und die Bevölkerungsdichte hoch ist. Indiz für eine Protestwahl könnte sein, dass sonstige Parteien in Wahlbezirken des Berliner Umlandes mit einer hohen SGB-II-Quote und niedriger Steuereinnahmekraft häufiger gewählt wurden als in prosperierenden Regionen.

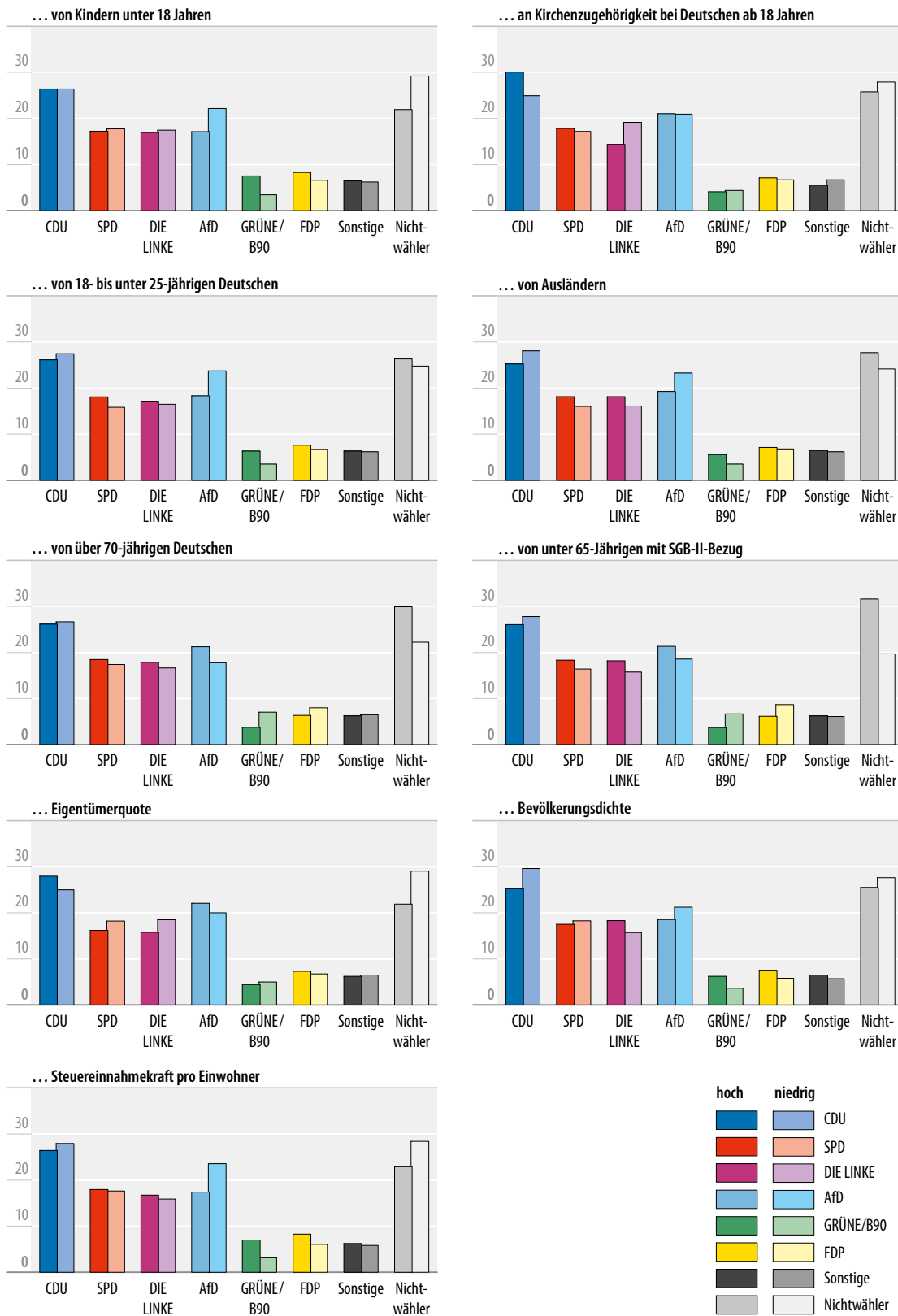
Sonstige Parteien waren besonders dort stark, wo die Anteile der CDU und SPD niedrig waren und der Anteil von DIE LINKE hoch ausfiel.

**Nichtwählerinnen und -wähler vorrangig in benachteiligten Gebieten**

Die Wahlbeteiligung lag bei der Bundestagswahl 2017 bei 73,7% und damit um 5,3 Prozentpunkte höher als bei der Bundestagswahl 2013. Mehr als jeder vierte Wahlberechtigte gab keine Stimme ab.

Die Analyse des sozialen Umfelds zeigt ein klares Bild: Nichtwählerinnen und -wähler wohnen eher in benachteiligten Wahlregionen mit hoher SGB-II-Quote (31,6% Nichtwählerquote), wenigen Kindern (29,2%) und vielen Älteren (29,9%). Damit eng verbunden ist ein geringerer Anteil von Wohneigentum (29,1%). Dort wo die FDP und die CDU besonders schlecht abschnitten, war der Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler besonders hoch. Auch in den Hochburgen der SPD und der Partei DIE LINKE wählten überdurchschnittlich viele Menschen nicht (30,9% bzw. 27,1%). Dieser Zusammenhang zeigte sich im weiteren Metropolitanraum besonders deutlich.

**b** | Zweitstimmenanteile der Parteien und Nichtwähleranteil in Wahlgebieten mit hohen und niedrigen Anteilen ...



### Methodische Anmerkungen

Der Analyse liegen die Zweitstimmen der Parteien aus dem endgültigen Ergebnis der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag im Land Brandenburg am 24. September 2017 zugrunde. Für die Analyse wurden sowohl die Stimmenabgabe in den Wahllokalen als auch per Briefwahl berücksichtigt. Anhand der abgegebenen gültigen Stimmen wurden die Zweitstimmenanteile errechnet. Dagegen bezieht sich die gesonderte Betrachtung der Nichtwählerinnen und -wähler auf alle Wahlberechtigten.

Für die Untersuchung der Zusammenhänge mit der sozialen Lage und dem sozialen Umfeld der Wählerinnen und Wähler wurden die Briefwahlbezirke auf der Ebene der Ämter und amtsfreien Gemeinden zusammengefasst. Dies ist die unterste gemeinsame regionale Ebene, auf der Wahlergebnisse und Sozialindikatoren darstellbar sind. Jeweils die beiden Viertel mit den höchsten und niedrigsten Ausprägungen auf einem Sozialstrukturindikator wurden ausgewählt. Regionen mit mittleren Ausprägungen auf einem Indikator wurden nicht in die Analyse einbezogen. In den 25% der Wahlregionen mit den höchsten Ausprägungen und in den 25% der Regionen mit den niedrigsten Ausprägungen des Indikators wurden die Zweitstimmenanteile der Parteien berechnet und verglichen. In der gleichen Weise wurden die Zusammenhänge zwischen den Zweitstimmenanteilen der Parteien betrachtet, nur dass hier die Analyseebene die 382 Briefwahlbezirke Brandenburgs waren.

Die verwendeten Indikatoren charakterisieren das soziale Umfeld, in dem Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung treffen. Sozialräumliche Zusammenhänge formen immer auch die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner und tragen damit zur politischen Meinungsbildung bei. Dementsprechend beeinflusst der regionale Bezugspunkt auch das Wählerverhalten. Direkte Aussagen über Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Merkmalen der Wählerinnen und Wähler und dem Wählerverhalten auf Individualebene sind damit nicht möglich. Vielmehr geht es um eine Analyse auf Aggregatebene. Um die vermuteten Parteipräferenzen in den verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, wurden drei Altersgruppen ausgewählt. Die erste Altersgruppe umfasst die Kinder unter 18 Jahren als ein Indikator für Familien mit ihren speziellen Bedürfnissen. Die zweite Altersgruppe schließt die jungen deutschen Erwachsenen zwischen 18 und unter 25 Jahren mit ein. Hierin enthalten sind unter anderen auch potenzielle Erstwählerinnen und -wähler. Die dritte Altersgruppe wird von den Deutschen im höheren Rentenalter ab 70 Jahren gebildet. Die entsprechenden Kennzahlen sind einfache Quoten der Altersgruppe bezogen auf die Bevölkerung.

Da religiöse Überzeugungen Wahlentscheidungen beeinflussen können, wurde die Konfessionszugehörigkeit zur evangelischen oder römisch-katholischen Kirche in die Untersuchung einbezogen.

Der Ausländeranteil in einem Wahlgebiet kennzeichnet die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und umfasst alle Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Der Bezug von Leistungen nach SGB II („Hartz IV“) beschreibt die Abhängigkeit von Transferleistungen bei Personen unter 65 Jahren. Typische Ursache für diesen Leistungsbezug ist Arbeitslosigkeit, die bereits länger als ein Jahr andauert. Jedoch auch kurzzeitig Arbeitslose, Hochschulabsolventinnen und -absolventen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige, deren anderweitiges Einkommen zu gering ist, haben Anspruch auf ergänzende Leistungen nach SGB II. Ausschlaggebend für den Anspruch ist die finanzielle Lage des gesamten Haushaltes (Bedarfsgemeinschaft). In Bedarfsgemeinschaften leben zum Teil Personen, die für sich selbst genügend Einkommen erzielen, jedoch nicht genug für die betreffende Haushaltszusammensetzung. Insofern ist die Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft per Definition ein Indikator relativer Einkommensarmut. Die SGB-II-Quote ist der Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB-II-Statistik) der Bundesagentur für Arbeit entnommen und bildet den Anteil der melderechtlich registrierten Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften zum 31. Dezember 2016 ab. Die Eigentümerquote und die Bevölkerungsdichte weisen auf die Siedlungsstruktur einer Region hin. Um wirtschaftlich prosperierende Gebiete von wirtschaftlich benachteiligten abgrenzen zu können, wurde die Steuereinnahmekraft pro Einwohner hinzugezogen. Die Datenquellen der vorab genannten Indikatoren sind die Bevölkerungsstatistik, die Steuerstatistik und der Zensus des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum jeweils letzten verfügbaren Berichtsjahr.

**Dorett Jenkel** ist Referentin im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.  
**Ricarda Nauenburg** ist Leiterin des Referates *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.